S 8 KR 87/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sozialgericht Leipzig
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	SGG § 197 SGG § 178 BRAGO § 12 BRAGO § 127 BRAGO § 128

1. Instanz

Aktenzeichen	S 8 KR 87/02
Datum	13.11.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Auf die Erinnerung wird der Kostenfestsetzungsbeschluss vom 10.07.2003 abgeändert.

II. Die anwaltliche Vergütung wird auf 487,20 EUR festgesetzt.

III. Die Entscheidung ergeht kostenfrei.

Gründe:

I.

Im Hauptsacheverfahren war zwischen den Beteiligten die Kostenübernahme für Maßnahmen der künstlichen Befruchtung streitig.

Die am 28.11.2001 von der Klägerin beantragte Kostenübernahme für eine In-vitro-Fertilisation (IVF) bzw. intracytoplasmatische Spermieninjektion (ICSI) lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 29.11.2001 ab. Eine Kostenübernahme sei nur bei

verheirateten Paaren gesetzlich vorgesehen. Den hiergegen am 21.12.2001 erhobenen Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 10.04.2002 zurück. Die Klägerin hat deswegen über ihren Prozessbevollmächtigten am 06.05.2002 Klage zum Sozialgericht Leipzig erhoben und zugleich Prozesskostenhilfe beantragt. Nachdem das Gericht den Antrag mit Beschluss vom 10.07.2002 zunächst abgelehnt hatte, hat es noch im Termin zur mündlichen Verhandlung vom 28.03.2003 Prozesskostenhilfe bewilligt. Mit Beschluss vom 28.03.2003 hat es das Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht, [Â§ 27 a Abs. 1 Nr. 3](#) und 4 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) zur konkreten Normenkontrolle vorgelegt (Kostenübernahme der gesetzlichen Krankenversicherung von Maßnahmen zur Herbeiführung einer Schwangerschaft durch künstliche Befruchtung ausschließlich für verheiratete Paare).

Am 07.07.2003 hat der Prozessbevollmächtigte der Klägerin Kostenerstattung für einen Prozesskostenhilfe-Vorschuss beantragt. In seiner Kostennote macht er geltend:

Sozialgerichtsverfahren Â§ 123, 161 Abs. 1 Satz 1 Bundesrechtsanwalts-Gebührenordnung (BRAGO) 400,00 EUR Post- und Telekommunikation Â§ 26 BRAGO 20,00 EUR Zwischensumme netto: 420,00 EUR 16 % Mehrwertsteuer gem. Â§ 11, 25 II BRAGO 67,20 EUR Bruttobehälter: 487,20 EUR.

Durch Beschluss vom 10.07.2003 setzte die Kostenbeamtin die außergerichtlichen Kosten demgegenüber wie folgt fest:

Gebühr für die Berufstätigkeit des Rechtsanwalts gem. Â§ 116 Abs. 1 BRAGO 319,50 EUR Auslagenpauschale gem. Â§ 26 BRAGO 20,00 EUR insgesamt: 339,50 EUR 16 % Mehrwertsteuer gem. Â§ 25 Abs. 2 BRAGO 54,32 EUR Gesamtsumme: 393,82 EUR.

Der Rechtsprechung des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 27.03.1990 folgend (Az: L 9 b 18/90), errechnet sich die Höhe des Vorschusses nach Einlegung und Begründung des Rechtsmittels aus der sogenannten Mittelgebühr nach Â§ 116 Abs. 1 Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (BRAGO) zuzüglich der Gebührenpauschale. Der zu erwartende Umfang des Rechtsstreits rechtfertigt eine Gebühr nur in Höhe der Mittelgebühr, wobei die festgesetzte Gebühr um 10 v.H. zu ermäßigten sei. Der klägerische Bevollmächtigte sei vor einem Gericht in den neuen Bundesländern nach dem 01.07.1996 im Auftrag eines Beteiligten tätig geworden, der seinen Wohnsitz im Beitrittsgebiet habe.

Hiergegen hat der Prozessbevollmächtigte der Klägerin am 24.07.2003 Erinnerung eingelegt. Die in Ansatz gebrachte Mittelgebühr berücksichtige weder die Bedeutung der Angelegenheit, die Schwierigkeit des Falles, den zeitlichen Aufwand für die Bearbeitung der Angelegenheit und die Vermögensverhältnisse der Klägerin. Die Kostenerstattung (wohl richtig: Kostenübernahme) für die künstliche Befruchtung beeinflusse die gesamte

künftige Lebensplanung der Klägerin. Sie habe daher für sie und ihren Lebenspartner eine herausragende Bedeutung. Mangels eigener finanzieller Mittel hat die Klägerin sei auf Sozialhilfe angewiesen habe dies zur Folge, dass sie sich den (weiteren) Kinderwunsch nicht mehr erfüllen könne. Die Schwierigkeit des Falles werde auch darin deutlich, dass das Gericht nach Versagung der Prozesskostenhilfe auf Grund der Ausführungen des Klägerbevollmächtigten noch im Termin zur mündlichen Verhandlung Prozesskostenhilfe bewilligt habe. Die Komplexität der Rechtsfragen werde auch anhand der überdurchschnittlichen Dauer der mündlichen Verhandlung deutlich. Zudem habe das Gericht die streitgegenständliche Bestimmung des [Â§ 27 a SGB V](#) für verfassungswidrig erachtet.

II.

Über die nach [Â§ 197 Abs. 2](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) erhobene Erinnerung ist nach [Â§ 178 Satz 1 SGG](#), [Â§ 128 Abs. 3 BRAGO](#) durch Beschluss des Gerichtes des Rechtszuges, bei dem die Vergütung festgesetzt ist, zu entscheiden. Die Erinnerung ist statthaft. Entgegen der Stellungnahme der Staatskasse kann nicht davon ausgegangen werden, dass nur bei einer Verweigerung eines Kostenvorschusses Erinnerung eingelegt werden könne (vgl. von Eicken, in: Gerold/Schmidt/von Eicken/Madert, BRAGO, 15. Aufl., [Â§ 127 Rdnr. 3](#)). Auch die Höhe des Kostenvorschusses muss im Wege der Erinnerung anfechtbar sein. Andernfalls hätte es für eine derartige Einschränkung der gerichtlichen Überprüfung einer eindeutigen gesetzlichen Regelung bedurft. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit einer Erinnerung indes allgemein "gegen die Festsetzung" eingeräumt (vgl. [Â§ 128 Abs. 3 BRAGO](#)).

Die Erinnerung ist auch frist- und formgerecht eingelegt und begründet. Entgegen der Rechtsansicht des LSG Niedersachsen mit Beschluss vom 10.12.1987 (in: Breithaupt 1988, 259 ff.), hat der Rechtsanwalt auch in Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit einen Anspruch auf Vorschuss seiner Gebühren, wenn seinem Mandanten Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist und seine Tätigkeit durch eine Rahmengebühr abgegolten wird. Insbesondere kann nicht aus der restriktiven Gestaltung der Vorschussregelung in [Â§ 127 BRAGO](#) geschlossen werden, dass der Gesetzgeber Gebührevorschüsse bei bewilligter Prozesskostenhilfe nur noch ausnahmsweise unter ganz bestimmten und eng umrissenen Voraussetzungen zulassen wollen. Vielmehr geht der Wille des Gesetzgebers erkennbar dahin, nicht nur bei Gebühren, die nach dem Gegenstandswert zu ermitteln sind, sondern auch bei Rahmengebühren dem beigeordneten oder gerichtlich bestellten Rechtsanwalt das Recht zuzubilligen, einen Vorschuss aus der Staatskasse zu fordern (wie hier: BSG, Beschluss vom 23.01.1991, Az: [5 RJ 72/89](#)).

Bei den Gebühren ist zu unterscheiden danach, ob sie sich nach dem Gegenstandswert richten ([Â§ 11 BRAGO](#)) oder nach einem Rahmen ([Â§ 12 BRAGO](#)). Im sozialgerichtlichen Verfahren ist regelmäßig eine Rahmengebühr in Ansatz zu bringen. Da der Klägerin hier (bindend) Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, kann sich der geltend gemachte Anspruch auf Gebührevorschuss allein gegen

die Staatskasse richten. Gem. Â§ 127 Satz 1 BRAGO kann fÃ¼r die entstandenen GebÃ¼hren (Â§ 123) und die entstandenen und voraussichtlich entstehenden Auslagen der Rechtsanwalt aus der Bundes- oder Landeskasse angemessenen Vorschuss fordern. Danach richtet sich die HÃ¶he des GebÃ¼hrevorschusses nach den entstandenen GebÃ¼hren bzw. entstandenen und voraussichtlich entstehenden Auslagen.

Aus Â§ 12 Abs. 1 Satz 1 BRAGO folgt, dass der Rechtsanwalt bei RahmengebÃ¼hren die GebÃ¼hr im Einzelfall unter BerÃ¼cksichtigung aller UmstÃ¤nde, insbesondere der Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der anwaltlichen TÃ¤tigkeit sowie der VermÃ¶gens- und EinkommensverhÃ¤ltnisse des Auftraggebers nach billigem Ermessen bestimmt. Ist die GebÃ¼hr von einem Dritten zu erstatten, so ist die vom Rechtsanwalt getroffene GebÃ¼hrenbestimmung nicht verbindlich, wenn sie unbillig ist (Â§ 12 Abs. 1 Satz 2 BRAGO). FÃ¼r GebÃ¼hrenfestsetzungen im sozialgerichtlichen Verfahren sind somit der Schwierigkeitsgrad des Hauptsacheverfahrens, die Dauer des Rechtsstreites sowie die Bedeutung des Falles fÃ¼r den KlÃ¤ger und der Umfang der anwaltlichen TÃ¤tigkeit maÃgebend.

Entgegen der Rechtsansicht der Kostenbeamtin ist nicht lediglich die MittelgebÃ¼hr in Ansatz zu bringen. Zwar ist davon auszugehen, dass sich die HÃ¶he des Vorschusses nach Einlegung und BegrÃ¼ndung des Rechtsmittels (bzw. Rechtsbehelfs) grundsÃ¤tzlich aus der sogenannten MittelgebÃ¼hr nach Â§ 116 Abs. 1 BRAGO, zuzÃ¼glich der GebÃ¼hrenpauschale, errechnet (so: LSG Bad.-WÃ¼rtt., wie vor). Daraus lÃ¤sst sich indes nicht schlussfolgern, dass nicht im Einzelfall â ausnahmsweise â eine Abweichung von dieser Regel gerechtfertigt sein kann.

Anders als im Kostenfestsetzungsbeschluss ist hier nicht von einer lediglich durchschnittlichen Bedeutung der Angelegenheit auszugehen. Denn die Frage, ob die KlÃ¤gerin durch kÃ¼nstliche Befruchtung ihren Kinderwunsch verwirklichen kann, ist eine die gesamte weitere LebensfÃ¼hrung der KlÃ¤gerin und ihres Lebenspartners bestimmende Angelegenheit. Sie ist von erheblicher ideeller, aber auch wirtschaftlicher Bedeutung fÃ¼r die KlÃ¤gerin und ihren Lebenspartner. Ohne eine KostenÃ¼bernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung kÃ¶nnten sie ihren Kinderwunsch nicht mehr verwirklichen. Der Ausgang des Rechtsstreits hat mithin fÃ¼r die KlÃ¤gerin erhebliche Bedeutung. Sie hat in besonderer Weise ein persÃ¶nliches, ideelles und wirtschaftliches Interesse am Ausgang des Verfahrens. Hierbei ist zu beachten, dass der Fall auch Bedeutung â Ã¼ber den einzelnen Fall hinaus â hat. Ã¼ber die Beteiligten hinaus berÃ¼hrt die Entscheidung alle diejenigen, die auf natÃ¼rlichem Wege ihren Kinderwunsch nicht verwirklichen kÃ¶nnen und nicht verheiratet sind. Im Unterschied zur Rechtsauffassung der Staatskasse kann somit nicht davon ausgegangen werden, dass die Streitsache â im Vergleich zu den anderen bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit anhÃ¤ngigen Streitsachen mit Ã¤hnlichem Klagegegenstand â nur unterdurchschnittliche Bedeutung habe.

Eine Ãberschreitung der MittelgebÃ¼hr ist auch wegen des Schwierigkeitsgrades

Erstellt am: 27.04.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024